



Was tun?

RECHTSEXTREMISMUS IN DER KOMMUNE

FALLBEISPIEL:

„Die Jugendpflegerin einer Gemeinde berichtet von zahlreichen Vorkommnissen mit rechtsextremem Hintergrund u. a. in den selbstverwalteten Jugendräumen, aber auch in der Gemeinde. Örtliche rechte Jugendcliquen, mit z. T. gewaltbereiten Jugendlichen haben zudem Kontakt zu organisierten Kräften; so fanden in den Jugendräumen gemeinsame Versammlungen statt. Die Gemeinde schloss die Jugendräume und möchte diese mit einem neuen Konzept öffnen. Gleichzeitig weisen die Vorfälle auf Verharmlosung der Problematik in Teilen der Gemeinde hin.“

SPEZIFISCHES:

Rechtsextreme Vorkommnisse in der Kommune bergen zahlreiche Herausforderungen. Oftmals zeigen sich verschiedene Akteure betroffen oder alarmiert: Kommunale Institutionen, Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit, die Kirchengemeinde, Vereine, Bürger:inneninitiativen. Dies erfordert einen multiprofessionellen Blick auf die Ereignisse. Eine Herausforderung stellen insbesondere im ländlichen Raum die engen Beziehungsgeflechte dar: „Man kennt sich“ und somit auch den vermutlichen Rechtsextremisten oder den rechtsaffinen Jugendlichen, aus der gemeinsamen Schulzeit, über die Eltern, aus dem Verein oder aus anderen persönlichen Bezügen.

LÖSUNGSWEGE:

1. Rechtsextreme Vorkommnisse in Kommunen dürfen nicht zur Standortfrage stilisiert werden

Statt sich aus Angst vor öffentlichem Druck passiv zu verhalten und rechte Vorkommnisse in der Kommune „unter den Teppich zu kehren“, sollten Kommunen der Thematik offensiv begegnen und schon beim ersten Auftreten rechter Vorkommnisse aktiv werden: z. B. mit Hilfe von Runden Tischen, Initiativen und Kampagnen. Hier unterstützt das Beratungsangebot des Demokratiezentrum Sachsen durch Moderation und bei dem Entwerfen strategischer Handlungsziele.

2. Beziehungsgeflechte müssen berücksichtigt werden

Beziehungsgeflechte wirken sich auf die Rahmung und Deutung von Ereignissen aus, können den Konformitätsdruck beeinflussen und eventuelles zivilgesellschaftliches Engagement verhindern. Nur bei Berücksichtigung der unterschiedlichen Beziehungen können die Menschen im Gemeinwesen selbst auf Dauer einen belastbaren Umgang mit rechtsextremistischen Vorkommnissen finden.

3. Weiterhin sind Kenntnisse der rechtsextremen Szene relevant

Es sollte eine kritische Bestandsaufnahme stattfinden: „Wer sind Täter:innen, Opfer und Zuschauer:innen?“ Aktuelle Ereignisse in Kommunen beruhen zudem oftmals auf tradierten Vorurteilkulturen und auf zurückliegenden Vorkommnissen. Auch diese sollten in den Blick genommen werden. Berater:innen des Beratungsnetzwerks in Sachsen können eine Einschätzung des Umfelds oder der Region geben, um zunächst die Gefahrenlage richtig einzuschätzen und mit der Kommune entsprechende Handlungsstrategien zu entwickeln.

4. Damit das Gemeinwesen und die Zivilgesellschaft nachhaltig – sei es intervenierend oder präventiv – Rechtsextremismus entgegentreten können, bedarf es einer guten Vernetzung

Ein nachhaltiges Engagement setzt die Einbindung der örtlichen Zivilgesellschaft voraus. Zur Bündelung von Knowhow, Informationen und Ressourcen sind integrierte Strategien (z. B. bestehend aus Facharbeiterkreisen oder Bürgerbündnissen) erfolgsversprechender als ein Bündel loser Maßnahmen. Ein professioneller Blick von außen kann helfen, Potentiale der Vernetzung zu identifizieren und konkrete Hinweise für Kooperationen zu geben.

Weiterhin sollte die Polizei frühzeitig zur Einschätzung von möglichen Bedrohungslagen eingebunden werden.

5. Ein „Gemeinsam gegen Rechts“ in der Region steht und fällt damit, dass

- Verantwortliche die Dinge beim Namen nennen,
- hierfür eine eigene Sprache finden und
- Leitziele formulieren, die ein „für“ (z. B. Demokratie) und nicht nur ein „gegen“ (Rechtsextremismus) zum Ausdruck bringen.

**WENN SIE INTERESSE
ODER BEDARF AN EINER
BERATUNG HABEN,
INFORMIEREN SIE SICH
BEIM DEMOKRATIEZENTRUM
SACHSEN ÜBER BESTEHENDE
ANGEBOTE.**

